67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
10 gespalt. Zeile 5.— M., Reklamezeil 20.— M.
Stellungsnahmeabs 2 Mark
Besondere Beilagen erscheinen: Zinsscheinkalender, Allgemeine Verloosungslisten mit Coupons, Ziehungslisten der Preussischen Staatslotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.
Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal
Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel.

Nummer 306.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.— Mark, monatlich 12.— Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., der tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit den nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.
Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Fernspr. d. Schriftlg.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstraße 37 | Montag, 4. Juli 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 40 Pf.

„Um den Regierungskurs.“

Die „Germania“ veröffentlicht aus dem neuen ...rschlichen Material für Erzberger die Widerlegung des ...früheren Urteils, in dem gesagt worden war, daß Erzberger den Zentrumsmitgliedern die bewußte Unwahrheit ...gesagt habe, Bethmann habe ihm am 17. Januar 1916 erklärt, daß er auf die Durchbringung der damaligen Steuervorlagen keinen Wert lege. Tatsächlich sind die Steuervorlagen dem Bundesrat überhaupt erst Mitte Februar zugegangen. Es ist nun bezeichnend, daß die „Germania“ im Anschluß daran gang allgemein die Koalitionsfrage entscheidet und im besonderen auf die Gegnerschaft der Deutschen Volkspartei gegen den Reichskanzler Wirth zu sprechen kommt. Gegenüber der „Kölnischen Zeitung“, die geschrieben hat, daß Erzbergers Wiedererscheinen den Regierungskurs noch weiter nach links wenden würde, erklärt das Zentrumsorgan, man dürfe nicht vergessen, daß dafür oder dagegen in erster Linie die Haltung der Deutschen Volkspartei ausschlaggebend sein werde:

„Man stellt es in den Kreisen der Rechten immer so dar, als sei der gegenwärtige Reichskanzler ein durch und durch radikaler Politiker. Das ist nach unserer gewiß nicht unbedeutenden Kenntnis der Dinge ganz falsch. Niemand weiß besser als Dr. Wirth, daß die großen finanziellen Fragen, ohne deren Lösung wir niemals Deutschland retten können, nicht bloß steuerliche, sondern auch parteipolitische Probleme sind. Sie lassen sich nur lösen mit einer großen Koalition, und diese hat Dr. Wirth bei der Uebernahme der Regierung auch nach rechts gesucht, ja, die Koalition von Stresemann bis Scheidemann wäre ihm am Tage der Annahme des Ultimatums geglückt, wenn nicht die Deutsche Volkspartei damals von allen guten Geistern verlassen gewesen wäre und alle Brücken zur Reichsregierung leichtfertig hinter sich abgebrochen hätte.“

Es wird weiter hervorgehoben, daß nach einer Mitteilung Stresemanns Dr. Heinze das Reichsjustizministerium auch bei Hinzutritt der Sozialdemokraten behalten haben würde, wenn ihm das nicht von der Fraktion verboten worden wäre. Von besonderem Interesse aber ist es, daß das Zentrum anscheinend glaubt, der Augenblick, wo der „Kurs der mittleren Linie“ sichergestellt hätte werden können, sei durch das Abschwenken der Deutschen Volkspartei bereits für absehbare Zeit verpaßt; denn die „Germania“ spricht von dem „bedeutenden Einfluß“, den Erzberger „dank seiner rastlosen Tätigkeit“ ausgeüben vermochte und schließt:

„Das Zentrum wird seinen als richtig erkannten Weg weiter mit oder ohne Erzberger gehen. Aber es wird auch nie vergessen, daß es die Politik der Deutschen Volkspartei war, die ihm das Durchsetzen der mittleren Linie unnötig erschwert hat, ja, daß diese Partei dafür verantwortlich zu machen sein wird, wenn es hier oder da nicht gelingen sollte, den mittleren Kurs in vollem Umfange festzuhalten.“

Es ist also festzuhalten: Vom Zentrum ergeht ein erneuter Appell an die Deutsche Volkspartei, der dadurch gewicht erhält, daß warnend hinzugefügt wird, Hannibal Erzberger stehe nicht mehr bloß vor den Toren, sondern habe die Mauern bereits überstiegen . . .

Die Bereidigung für den neuen Polenaufstand

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Wie ist es den Polen mit der Räumung des Aufstandsgebietes gelungen, ergibt sich aus ihren Vorbereitungen für weitere Gewaltaten, wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht ihren Wünschen entsprechen sollte. Am 29. Juni, am Tage Peter und Paul, fand am Sitze des Stabes der Insurgenten-Armee in Bielschowitz ein Feldgottesdienst statt, zu dem ein Geistlicher aus Sosnowitz herbeigeeilt worden war. Nachdem dieser die Erfolge der Insurgentenarmee gerühmt hatte, nahm er den Anwesenden den Eid ab, daß sie, falls wieder der Ruf zu den Waffen ertönen würde, diesem Ruf unbedingt Folge leisten. Es ist ihre damit zu rechnen daß nach der Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal dieser Ruf an sie ergehen würde, und sie müßten sich infolgedessen in vollster Bereitschaft halten. Auf den gleichen Ton sind die Pläne abgestimmt, die der Stab für die nächste Zukunft gefaßt hat. Er wird in den nächsten Tagen aber Wloslowitz sich nach Sosnkowa begeben, dort in vollster Bereitschaft zusammenbleiben und weiterhin seine Besoldung beziehen. Die Insurgenten denken nicht an Waffenhabgabe, sondern verbergen ihre Waffen, um sie im gegebenen Augenblick wieder bereit zu haben. Interessant ist dabei, daß ein Teil der regulären polnischen Infanterie ohne Waffen ist, da die Gewehre zur Bewaffnung der oberschlesischen Insurgenten benutzt worden sind. Aus all dem ergibt sich, daß die Voraussagen von deutscher Seite, die Räumungsabsichten Korfantys seien nicht ernst gemeint und seine Zustimmung zu dem Abzuge bedeute für ihn nur eine Atempause, leider nur zu geschrieben gewesen sind.

Man darf wohl hoffen, daß die Interalliierte Kommission diesmal mehr auf der Hut sein wird und etwaige neue Aufstandsversuche im Keime ersticken wird.

Gegen den oberschlesischen Amnestieerlaß.

TU Breslau, 3. Juli.

Der J. A. K. wurde noch vor dem Erlaß der Amnestie eine Erklärung der Vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens übermittelt. Es heißt darin: „Die Interalliierte Kommission glaubt den polnischen Aufstand durch das Räumungsabkommen beilegen zu können. Die südliche Bevölkerung Oberschlesiens hat einen Grund zur Annahme, daß dieser Aufstand nicht der letzte ist. Die Formationen der Aufständischen gehen bewaffnet und geschlossen zurück und werden mit ihrem Kriegsgerät nach Polen transportiert, soweit sie von dorther gekommen sind. Die aus Oberschlesien stammenden Aufständischen gehen mit ihren Waffen in ihre Heimatsorte. Die in deutscher und polnischer Sprache gedruckte polnische Presse spricht schon jetzt den neuen Aufstand.“ Die Erklärung weist sodann darauf hin, daß die Besorgnis vor der Zukunft durch die Nachricht über eine bevorstehende Amnestie zu mildern erfolge — Die Red.) Amnestie verstärkt noch. Zum Schlusse wird betont, daß verschiedene Personen, wie Korfanty, die Vorsitzenden und Besitzer der Feldgerichte, nicht unter die Amnestie fallen dürften.

Die Friedensresolution von Harding unterzeichnet.

Bevorstehende Friedensproklamation des Präsidenten.

New-York, 2. Juli.

Präsident Harding unterzeichnete die Resolution über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

EE Washington, 3. Juli.

Sofort nach der Annahme der Friedensresolution durch den Senat reiste ein besonderer Vertreter der Regierung nach Maritas im Staate New-Jersey, wo der Präsident der Gast des Senators Frelinghuysen ist, um ihm den Senatsbeschluß zu überbringen, der noch gestern früh sofort vom Präsidenten unterzeichnet wurde

Paris, 4. Juli.

„Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit: Nachdem Präsident Harding die Friedensresolution unterzeichnet hat, wird die formelle Friedensproklamation in einigen Tagen erlassen werden. Durch sie wird der Kriegszustand, z. B. dem Gesetz über den Handel mit dem Feinde und dem Gesetz über die Freiheitsanleihen, ein Ende gemacht werden. Danach werden die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen und es wird über einen Handelsvertrag verhandelt werden.

Die Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen.

EE Paris, 3. Juli.

Eine Meldung des „Matin“ aus Paris besagt, daß nunmehr der Rückzug der amerikanischen Besatzungstruppen am Rheine erfolgen werde, da keine Aussicht bestehe, daß der Friedensvertrag von Versailles ratifiziert werde, und so müsse Staatssekretär Weeks den Befehl zum Abzug der amerikanischen Truppen erteilen.

Paris, 3. Juli.

Wie „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, sagte Senator Brandegee im Senat auf eine Anfrage: Man sollte meinen, daß der Präsident die Truppen zurückziehen wird. Wenn er sie dort ließe, so würde das, wie mir scheint, als eine Kriegshandlung angesehen werden. Ich hoffe, daß sie zurückgezogen werden, aber es ist noch nichts entschieden.

Das Kabinett Bonomi.

Rom, 3. Juli.

Die Blätter wollen wissen, Bonomi habe dem König seine Bereitwilligkeit zur Bildung des Kabinetts erklärt.

Rom, 4. Juli.

Stefaniemeldung.

Voraussichtlich wird das Kabinett Bonomi wie folgt zusammengesetzt sein: Bonomi: Vorsitz und Inneres; Marquis della Torretta: Auswärtiges; Gasparotto: Kolonien; Fera: Justiz; Rodino: Krieg; Senator Schanzer: Marine; Denava: Schatz; Soleri: Finanzen; Senator Croce: Unterricht; Bertini: Oeffentliche Arbeiten; Benedusce: Arbeit; Rainerl: Befreite Gebiete; Guiffrida: Post und Telegraphen; Mauri: Ackerbau und Industrie. Die Liste umfaßt drei Reformisten, drei Populare, zwei Sozialdemokraten, vier liberale Demokraten und ein Mitglied der Rechten. Della Torretta und Croce stehen außerhalb der Parteien.

Die amtliche Bekanntmachung über das Kabinett dürfte heute nachmittag erfolgen.

Rom, 2. Juli.

Die Zeitungen bestätigen, daß ein Friedensabkommen zwischen Faszisten und Sozialisten unterschrieben werden wird. Dieser Friedenspakt sieht die Einrichtung von Schiedsgerichten vor und die Verpflichtung, die gegenseitigen Meinungen zu achten. Die Sozialisten verpflichten sich, die patriotischen Gefühle der Fascisten zu achten und sich jeder antinationalen Propaganda zu enthalten. Die Zeitungen besprechen diese Erklärungen und schreiben, daß diese Verhandlungen die Aufgaben des neuen Kabinetts Bonomi gewaltig erleichtern werden.

Die Sowjetrepublik im Kriegszustand mit Griechenland und Japan?

London, 4. Juli.

Die „Morning Post“ meldet aus Reval vom 30. Juni, die Sowjetregierung habe die Verhaftung aller griechischen und japanischen Untertanen in Sowjetrußland angeordnet mit Ausnahme der Mitglieder der kommunistischen Partei. Man sei der Ansicht, dieser Schritt der Sowjetregierung bedeute, daß sie das Bestehen eines Kriegszustandes zwischen Rußland einerseits und Griechenland und Japan andererseits anerkenne.

Der Bericht der Miß Beveridge.

TU Breslau, 4. Juli.

Am Sonnabend fand der angekündigte Vortrag der Amerikanerin Miß Beveridge über Oberschlesien in einer Versammlung des Reichsverbandes heimatreuer Oberschlesier statt. Die Vortragende führte an der Hand von geschichtlichen Tatsachen den Beweis, daß Oberschlesien von Beginn seiner Besiedelung an rein deutsches Land war. Bezeichnend ist es, wie die amerikanische Presse die Berichte der Rednerin über die oberschlesischen Verhältnisse behandelt hat. „Ich schickte“, so erzählt sie, „meinen Bericht an einen Agenten des „Foreign Preß-Service“ und bekam folgende Antwort: „Ihren Bericht über den Terror in Oberschlesien werden wir nicht an die amerikanische Presse weitergehen, da es nicht das Material ist, das wir vermitteln möchten.“ Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen ging die Amerikanerin auf die polnischen Greueltaten ein. Eingehend berichtete die Amerikanerin von der Niederbrennung des Dorfes Anhalt und fügte hinzu: „Wenn die Deutschen doch endlich ihre Parteipolitik fahren lassen und einig zum Schutze Oberschlesiens zusammenstehen würden. Die Alliierten haben kein Recht, das hilflose Deutschland der polnischen Grausamkeit auszuliefern.“ Die Vortragende ist bereit, alle die von ihr angeführten Fälle durch Zeugenaussagen endlich zu bekräftigen. Eingehend befaßte sie sich noch mit dem Vorgehen Frankreichs in Oberschlesien, das zweifellos eine Verletzung des Artikels 88 des Versailler Vertrages bedeute. Die Rednerin schloß: Nicht die Waffe, sondern der Geist erringt den endgültigen Sieg. Entwaffnen können sie Deutschland, aber den deutschen, den herrlichen Geist, können sie nicht töten.“

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Kattowitz, 2. Juli.

Die Eisenbahndirektion teilt mit: Der Eisenbahnverkehr ist mit dem heutigen Tage früh aufgenommen worden. Die Vorbereitungen dazu waren in den letzten Tagen schon getroffen, insbesondere wurde die Strecke Hindenburg—Gleiwitz—Peiskretscham—Oppeln mehrmals befahren, um zu sehen, ob der Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Verkehrs nicht verfrüht sei. Ein neuer Fahrplan war schon lange fertig, nach diesem konnte Freitag früh der erste Zug abfahren. Die Züge sind ungefährdet durchgekommen und waren durchweg stark in Anspruch genommen. Es ist zu erwarten, daß die große Reiselust noch Tage anhalten wird. Als Ausweis gilt die Legitimationskarte. Sobald die Räumung des Gebietes von Kattowitz erfolgt ist, wird auch der Zugverkehr von hier aus sofort einsetzen. Die zurzeit in Gleiwitz weilende Oberbetriebsleitung kehrt dann nach Kattowitz zurück.

Ratibor, 4. Juli.

Der D-Zug Ratibor—Breslau, der gestern nachmittag hier abgegangen war, mußte auf Station Mensa wieder umkehren, da er bei Summin von Insurgenten beschossen worden war. Wie die „Rundschau“ mitteilt, ist der Zugverkehr inzwischen wieder eingestellt worden.

Gleiwitz, 2. Juli.

In Gleiwitz und der näheren Umgebung von Gleiwitz ist heute alles ruhig. Die Dörfer sind alle von Insurgenten frei, nur in Schönwald ist noch nicht alles in Ordnung; dort wurde in letzter Nacht ein Milchwagen angehalten und beraubt. Auch Hindenburg und Umgebung ist frei. Der Zugverkehr Oppeln—Gleiwitz ist wieder im Gange.

Deutsch-französische Verhandlungen über das Alkohol-Monopol.

TU Koblenz, 4. Juli.

In diesen Tagen haben in Koblenz zwischen dem Kontrollkomitee der Rheinlandkommission und der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein über die Wiederherstellung der deutschen Alkohol-Monopol-Hoheit im besetzten Gebiet Verhandlungen begonnen.

Der englisch-japanische Bündnisvertrag.

Verlängerung um ein Jahr.

London, 2. Juli.

Mit Rücksicht auf die einander vielfach widersprechenden Meldungen betreffend die Erneuerung des Bündnisses mit Japan veröffentlicht Reuter eine Mitteilung, in der es heißt: Die im vorigen Juli an den Völkerbund gesandte Note wurde von den juristischen Beratern der Krone als eine Kündigung des Bündnisvertrages angesehen. Danach würde also der Vertrag in diesem Monat erlöschen. Vor zwei Tagen hat aber der höchste juristische Beamte der Krone, der Lordkanzler, die früheren Urteile umgestoßen und entschieden, daß die Note an den Völkerbund keine Kündigung des Vertrages bedeute, welche Ansicht übrigens Lord Curzon ebenso wie die japanische Regierung von Anfang an vertreten hatten. Japaan ist von der veränderten Auffassung Großbritanniens verständigt. Da der Vertrag selbst, wenn er am 13. Juli gekündigt werden sollte, automatisch ein Jahr weiterlaufen würde, wird der Vorschlag wegen Verlängerung des Vertrages um drei Monate nicht weiter erörtert.

Kleine Nachrichten.

Die deutsch-chinesischen Vereinbarungen sind durch die in Peking bewirkte gegenseitige Mitteilung der beiderseitig erfolgten Ratifizierung am 1. Juli in Kraft gesetzt worden.

•

Das deutsche Zeppelin-Luftschiff „Bodensee“, das Italien zugeteilt ist, ist in Rom eingetroffen.

•

In Koburg ist im Alter von 77 Jahren Prinz Philipp von Koburg, der ältere Bruder des ehemaligen Zaren Ferdinand von Bulgarien, gestorben.

•

Die französischen Senatskommissionen für Auswärtige Angelegenheiten und Finanzen treten am Mittwoch unter Vorsitz des Senators Poincaré zusammen, um Briand nochmals über die oberschlesische, die syrische und cilicische Frage zu hören.

•

Das Pariser „Journal Officiel“ veröffentlicht ein Dekret, durch das eine neue Kriegsmedaille, die sogenannte Medaille der Opfer der Invasion, geschaffen wird. Sie wird verliehen werden an ehemalige Kriegsgefangene und Personen, die Schaden außerhalb Frankreichs erlitten haben und die während der Besetzung abgeurteilt oder zwangsweise beschäftigt wurden.

•

Das Oberste Gericht des Distrikts von Columbia hat dem Verwalter des beschlagnahmten feindlichen Vermögens befohlen, der Gräfin Bernstorff, der Frau des ehemaligen deutschen Gesandten in Amerika, ihr Geld und ihre Wertpapiere im Betrage von einer Million Dollar zurückzuerstatten, welche während des Krieges beschlagnahmt worden waren.

Wasserstraßen und Energiewirtschaft.

Der Wiederaufstieg Deutschlands.

Ueber die Ausstellung für Wasserstraßen und Energiewirtschaft in München schreibt uns unser dortiger F.-Korrespondent:

Die Veranstaltung ist eine Fachausstellung rein technischer Art. Aber sie hat ein völlig anderes Gepräge als die uns geläufigen und vom allgemeinen Publikum in scheuem Bogen umgangenen technischen Ausstellungen, die ausschließlich auf den Fachmann zugeschnitten sind. Diese Schau erhält ihre völlige Neuheit und Eigenart dadurch, daß sie auf den Laien berechnet ist. Kaum ein Thema hat in den letzten Jahren so weite Kreise mit der gleichen Lebhaftigkeit beschäftigt, wie die Frage der Wasserstraßen und ihres Ausbaues, der Wasserkräfte und ihrer Nutzung, der Brennstoffe und ihrer rationellen Verwertung. Die Kohlennot greift fühlbar in das Leben jedes einzelnen ein und jeder ist daran interessiert, wie die daraus erwachsenden Transportschwierigkeiten, die Verteuerung aller industriellen Erzeugnisse und die unerträgliche Kohlenknappheit im Hausbrand beseitigt werden können. Da steckt sich nun die Ausstellung das Ziel, auf dem dreigliedrigen, aber innerlich eng zusammenhängenden Gebiet der Wasserstraßen, der Wasserkraftausnützung und der Wärmewirtschaft der Laienwelt ein Bild von dem heutigen Stand der technischen Leistungen Deutschlands zu geben. Diese besondere Aufgabe bestimmt den äußeren Charakter der Veranstaltung. Sie kommt dem Allgemeininteresse entgegen, klärt auf und belehrt, läßt dabei aber exakte Wissenschaftlichkeit in keiner Weise vermissen. Der größeren Anschaulichkeit halber zerfällt sie in zwei Hauptteile: einen offiziellen, lehrhaften, und einen industriellen, rein praktischen. Durch diese Angliederung einer „praktischen Abteilung ist Industrien, die mit den Grundlinien der Ausstellung in unmittelbarem sachlichen Zusammenhang stehen, Gelegenheit gegeben, ihre Erzeugnisse vorzuführen. Erste Sorge war es dabei selbstverständlich, nicht wahllos eine bunte Sammlung von Industrie- und Gewerbeerzeugnissen zu geben, sondern durch strenge Sichtung auszuwählen und möglichst nur Hervorragendes und Gutes zuzulassen.

Jede der beiden Hauptabteilungen gliedert sich in vier Gruppen: Wasserwirtschaft, Wasserstraßen, Wärmewirtschaft und Torfwirtschaft. Im Vordergrunde des allgemeinen Interesses stehen natürlich die beiden ersten Gruppen. Die erste Gruppe bietet eine kurze historische Entwicklung der Wasserkraftausnützung vom Schröpfrad bis zur Turbine und stellt dann den heutigen Stand der Technik in einer Fülle der verschiedensten Modelle, Pläne und Prospektbilder dar. Sie zeigt Wehre und Schützen, Wasserkraftmaschinen, Druckrohrleitungen und Bestandteile, Motoren, Generatoren und Transformatoren und schließlich Baumaschinen für die Wasserkraftanlagen. Auf bayerische Verhältnisse wird natürlich besondere Rücksicht genommen, bietet doch auch Bayern mit seinen reichen, aber noch wenig ausgenützten Wasserkräften ein interessantes Beispiel für neue Methoden, Pläne und Projekte. Eine Ueberschtskarte enthält die ausgebauten und im Ausbau befindlichen Wasserkraftanlagen, sowie den jetzigen Stand der Projektierungstätigkeit in Bayern.

Die wichtigsten deutschen Wasserstraßen, der Rhein und die Donau und ihre Verbindung, stehen im Mittelpunkt der zweiten Gruppe „Wasserstraßen“ und damit wohl im Mittelpunkt der ganzen Ausstellung. Der ausführlichen Darstellung des großen Projektes des Main—Donau-Stromverbandes, das Großschiffahrtsstraße und Großkraftwasserstraße zu vereinigen strebt, ist die Hauptaufmerksamkeit gewidmet. An Hand größerer Uebersichten werden wir mit der allgemeinen Linienführung der Großschiffahrtsstraße und ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen bekannt gemacht. Die Wasserstraßenkarte Mitteleuropas zeigt in großen Zügen das gesamte Projekt des Schiffahrtsweges, der, von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer führend, die Industrie- und Kohlengebiete des Mittel- und Niederrheins mit den Agrarländern der unteren Donau verbindet, weite Landstriche einander wirtschaftlich näher rückt und dadurch die Möglichkeit schafft, die Produkte jener Länder auf dem kürzesten und billigsten Wege gegenseitig auszutauschen. Genaue Plandarstellungen, Erläuterungen und Modelle schließen sich an. Wir sehen Schiffsschleusen, Schiffshebewerke, Kunstbauten an Wasserstraßen, Flußbauten und Baggerarbeiten, Schiffbau und Schiffsmaschinen und schließlich Hafenanlagen und Baumaschinen. An dieser Stelle sind auch die gleichzeitigen Kinovorführungen im Künstlertheater zu erwähnen. Von besonderer Bedeutung ist hier der Film „Die Großschiffahrtsstraße Rhein—Main—Donau“, der den Wasserweg von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer, die technischen Einrichtungen der Häfen und herrliche Landschaftsbilder aus Holland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien zeigt. Ein weiterer Film schildert die Arbeitsmethoden des modernen Kanalbaues, ein dritter die Arbeiten am Walchensee-Kraftwerk und schließlich gibt eine interessante naturwissenschaftliche Aufnahme „Großstadt und Fischzucht“ einen Einblick in das Gebiet der Anwasserverwertung.

Die dritte Gruppe ist der Wärmewirtschaft gewidmet; sie umfaßt Brennstoff- und Energiestatistik, Brennstoffkunde, Wärmelehre, Feuerungskunde und Meßtechnik, Wärmewirtschaft im Haushalt, Wärmewirtschaft im Gewerbe und Wärmewirtschaft in der Industrie. Als besondere Abteilung gliedert sich dieser Gruppe die namentlich für Bayern mit seiner geringen und geringwertigen Kohlenerzeugung wichtige Torfwirtschaftsausstellung an, mit ihren Torfmaschinen, Torfbaggern, Pressen, Trockenanlagen usw.

Der Gang durch die Ausstellung ist für Laien wie Fachmann wertvoll. Was wir dort zu sehen bekommen, gibt Hoffnung und Zuversicht, daß Deutschlands Zukunft mit dem verlorenen Krieg noch nicht verloren ist. Der Umstand, daß uns der Krieg erfinderisch gemacht hat, wirkt sich hier in der Praxis aus. Deutscher Geist und deutsche Arbeitskraft zeigen sich im hellsten Lichte. Zahlen und Wirtschaftskurven beweisen uns, daß sich die Arbeitsfreudigkeit und die Arbeitsleistung wieder heben. Selbst die sanft aufsteigende Linie der Förderung im Kohlenbergbau wird uns gezeigt, der nie entbehrlich werden wird, denn selbst bei der Ausnützung aller Wasserkräfte Deutschlands müssen noch ungefähr 60 Prozent der benötigten Energie durch Kohlen geleistet werden. Dem Deutschen gibt der Gang durch diese Räume in hundert-